

Früher gut. Heute gut.

Es geschieht zu jeder Zeit etwas unerwartetes unter anderem ist auch deshalb das Leben so interessant.

Empfehlung der Woche

- 100g Gehacktes** halb und halb **0.49 Euro**
- 100g Spießbraten** herzhaft gefüllt, Ideal zum Grillen **0.90 Euro**
- 100g Fleischsalat** täglich frisch **0.90 Euro**
- 100g Schweinefilet** fettfrei zugeschnitten **1.55 Euro**
- 1St. Weißwurst** eigene Herstellung **0.80 Euro**
- 2St. Wurstgläser** eigene Herstellung **4.40 Euro**

Mittagstisch

Wir haben täglich frisch zubereitet Köstlichkeiten.

Röntgenstraße 21
57078 Siegen- Geisweid
Tel. 0271.81126
www.fleischerei-weber.de



GOLDANKAUF Emanuel

Wir garantieren für gute und faire Preise
WIR KAUFEN TÄGLICH:

ALTGOLD, GOLDSCHMUCK
MÜNZEN GOLD UND SILBER,
BRILLANTEN, DEFEKTES GOLD.

BITTE VERGLEICHEN SIE UNS
JEDER WEG ZU UNS LÖHNT SICH

Unser Tip: Verschicken sie Goldschmuck nicht per Post, lassen sie ihn auch nicht bei Händler unserios und unbeobachtet Kontrollieren! Bei uns sind sie in guten Händen

Alte Poststr. 26 Siegen - Oberstadt
Nahe Karstadt Neben Orthopädie Schwarz in der Altstadt
Mo-Fr. 10-18 Uhr Sa 10-16 Uhr Tel. 015229071095

Folgen bis 2014

Milliardendefizite der Finanzkrise

Hamburg/Nürnberg. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) rechnet wegen der Folgen der Finanzkrise bis 2014 mit weiteren Milliardendefiziten in ihrem Haushalt. Das geht aus einer Vorlage für den BA-Verwaltungsrat zur Finanzprojektion 2010 und mittelfristigen Finanzeinschätzung bis 2014 hervor, aus der ein Hamburger Nachrichtenmagazin zitiert. Eine Sprecherin der Bundesagentur bestätigte die Zahlen. Im laufenden Jahr rechnet die BA demnach mit einem Minus von 14 Mrd. Euro, rund 1,7 Mrd. weniger als in der letzten Einschätzung.

Da die Nürnberger Behörde noch über Rücklagen verfügt, muss der Bund nach derzeitigem Stand am Jahresende ein Defizit von 11,1 Mrd. Euro ausglei-

chen. Im Haushalt 2010 sind dafür 12,8 Mrd. Euro eingeplant. Für 2011 rechnet die BA mit einem Defizit von 9,6 Mrd. Euro. Wächst die Wirtschaft wie von der Regierung geschätzt, würde das Defizit in gleichmäßigen Schritten bis 2014 auf 2,8 Mrd. Euro sinken.

Bei ihrer Prognose räumt die BA insbesondere „in den Bereichen konjunkturelles Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld I“ erhebliche „Unsicherheiten“ ein. Zwar sind die Zahlen besser, als bei der Haushaltsaufstellung Ende vergangenen Jahres gedacht, dennoch stiegen die Ausgaben für das Arbeitslosengeld in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres nach Angaben um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. (ddp)



Deutschland zeigt Flagge und Solidarität mit Griechenland: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat einen Eilantrag und eine Verfassungsbeschwerde gegen das Rettungspaket abgelehnt. Foto: ddp

Paket ist gebilligt

Milliardenhilfe für Griechenland hat grünes Licht erhalten

Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht hat das deutsche Rettungspaket für Griechenland zunächst gebilligt. Wie eine Sprecherin des Karlsruher Gerichts gestern mitteilte, wurde der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung abgewiesen. Als Begründung gaben die Richter an, dass der Allgemeinheit schwerere Nachteile drohen könnten, falls die einstweilige Anordnung ergehen würde und sich die Griechenland-Hilfen im Nachhinein doch als verfassungsrechtlich zulässig erweisen würden. Die Verfassungsbeschwerde wird nun geprüft.

Die Richter legen ihrer Begründung die Argumentation der Bundesregierung zugrunde, dass das Rettungspaket der Stabilisierung des Euro diene. „Das Bundesverfassungsgericht hat

keine hinreichenden Anhaltspunkte, die zu der Annahme zwingen, dass die währungs- und finanzpolitische Einschätzung der Bundesregierung fehlerhaft ist“, teilte das Gericht mit. Ein Ausfall des deutschen Beitrags an dem Rettungspaket der Euroländer würde „die Realisierbarkeit des Rettungspaketes insgesamt in Frage stellen“, hieß es.

Am Freitag hatte eine Gruppe von fünf Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern einen Eilantrag und eine Verfassungsbeschwerde gegen das Nothilfegesetz in Karlsruhe eingereicht. Aus Sicht der Kläger verstößt der Beitrag zum Nothilfepaket für Griechenland von 22,4 Mrd. Euro gegen die EU-Verträge. Zuvor hatten sowohl Bundestag als auch Bundesrat das Paket passieren las-

sen. Die Richter gehen davon aus, dass sich die wirtschaftlichen Schäden in Grenzen halten, sollte sich der Beitrag später als unzulässig erweisen.

„Ein wesentlicher Schaden erwächst dem Gemeinwohl nicht aus der Möglichkeit einer Inanspruchnahme des Bundes im Eintrittsfall, deren Wahrscheinlichkeit die Bundesregierung für gering hält“, hieß es. Die Richter wiesen zudem darauf hin, dass die Beschwerdeführer keine konkreten Anhaltspunkte dafür vorgetragen hätten, dass „insbesondere ihr Recht aus Art. 14 GG unmittelbar gerade in Folge der gewährleisteten Kreditgewährung schwer und irreversibel beeinträchtigt werden könnte“. In dem Grundgesetz-Artikel werden die Eigentumsrechte garantiert. (ddp)

Mehr Feuerkraft

Bundeswehr rüstet in Afghanistan auf

München. Die Bundeswehr rüstet die Truppe im Afghanistan-Einsatz auf. Neben Panzerhaubitzen sollten weitere 15 Schützenpanzer vom Typ „Marder“, Brückenlege- und Pionierpanzer an den Hindukusch verlegt werden, sagte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) einem Magazin.

„Manche überrascht es wohl immer noch, dass unsere Soldaten dort auch in Gefechten stehen“, sagte der CSU-Politiker. „Wir rüsten nicht generell auf, sondern wir reagieren auf die jeweilige Notwendigkeit vor Ort.“ Es gebe allerdings auch Orte, wo keine Schützenpanzer gebraucht würden, „aber mehr ziviles Engagement“. Guttenberg äußerte sich optimistisch, dass der Verteidigungshaushalt von Sparmaßnahmen weniger

hart getroffen werde als bislang geplant. „Bei langfristigen Beschaffungen muss man selbstverständlich über Schwerpunkte reden“, sagte der Minister. „Aber an einem Punkt hält sich meine Flexibilität in Grenzen: Wir müssen für den Schutz der Soldaten im Einsatz das Notwendige vorhalten. Hier aus kühlen Zahlenerwägungen Geld zu streichen, kann nicht angehen.“

Der Verteidigungsminister plädierte dafür, dass auch nach einem Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan ein militärisches Eingreifen möglich bleiben müsse. Es sei nicht auszuschließen, dass in fünf, acht oder zehn Jahren afghanische Stämme wieder gegeneinander kämpfen würden. (ddp)

Zivile Opfer

Angehörige sollen entschädigt werden

Hamburg/Berlin. Die Bundeswehr will Angehörige der zivilen Opfer des Luftschlags von Kundus im vergangenen September individuell mit durchschnittlich 4000 Euro je Todesfall entschädigen.

Wie ein Hamburger Nachrichtenmagazin gestern vorab berichtete, soll das deutsche Feldlager in der nordafghanischen Provinzmetropole in den kommenden Wochen eine Versammlung von Dorfältesten aus der betroffenen Region Chahar Darreh einberufen, an der auch Vertreter der afghanischen Menschenrechtsorganisation

AIHRC und der Internationalen Organisation für Migration teilnehmen sollen. Während des Treffens sollen die Angehörigen der zivilen Opfer und die bei dem Angriff Verletzten identifiziert und schnellstmöglich entschädigt werden.

Wie das Magazin weiter berichtete, kann das Budget von insgesamt 400 000 Euro laut einer Weisung des Einsatzführungsstabs als „finanzielle Leistung, auch in Raten, oder als Sachleistung“ abgewickelt werden. Im Gespräch sind zum Beispiel der Ankauf von Rindern für die Opferfamilien. (ddp)



Ein Missbrauchsoffer erhebt Vorwürfe gegen Papst Benedikt: Er sei während dessen Zeit als Erzbischof missbraucht worden. Foto: ddp

Vorwürfe erhoben

Opfer schreibt Brief an Papst Benedikt

München/Essen. Ein Missbrauchsoffer eines katholischen Geistlichen erhebt Vorwürfe gegen Papst Benedikt XVI.

Er sei als Kind im Sommer 1979 während Benedikts Amtszeit als Erzbischof von München und Freising von einem Kaplan in Essen missbraucht worden, schreibt der Mann aus Nordrhein-Westfalen in einem gestern veröffentlichten Brief an den Papst. „Heiliger Vater, warum haben Sie nicht gehandelt, warum wurde alles nur ver-

tuscht“, fragt der Mann in seinem Schreiben. Der beschuldigte Geistliche war 1980, während Joseph Ratzingers Amtszeit als Erzbischof (1977 bis 1982), auf Bitten der Diözese Essen nach Oberbayern gekommen, um eine Therapie zu machen. Ratzinger stimmte dem Beschluss mit zu.

Der Kaplan soll während seiner Zeit als Pfarrer in Garching an der Alz erneut Minderjährige missbraucht haben. (ddp)

Neue Wege beschreiten

München. Im Kampf gegen den Ärztemangel will die Kasernenärztliche Bundesvereinigung (KBV) die bislang strikte Trennung zwischen Klinik und Praxis aufheben. „Die derzeit vorherrschende Trennung in ambulant und stationär ist nicht mehr zeitgemäß“, sagte KBV-Vorstandschef Andreas Köhler. Bereits in fünf Jahren werde es zu gravierenden Problemen kommen, weil es zu wenig Ärzte gebe. „Wir müssen unser Versorgungskonzept vollständig überarbeiten.“ Würden nicht umgehend neue Wege beschritten, „brauchen wir gar nicht mehr über eine Konkurrenz von ambulant und stationär zu sprechen, weil wir vor dem Scherbenhaufen unserer Versorgung stehen“, sagte Köhler. (ddp)

Seehofer will NPD verbieten

Würzburg. Angesichts der Nazidemokratie in München zum Jahrestag des Kriegsendes hat Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) ein Verbot der NPD gefordert. „Braune Horden haben bei uns nichts zu suchen“, sagte er gestern auf ddp-Anfrage. Er unterstützte damit Innenminister Joachim Herrmann (CSU), der gefordert hatte, die NPD müsse aus der Parteienlandschaft verschwinden. (ddp)

Wegen Sortimentswechsel
Ausstellungsküchen radikal reduziert
bis zu **55%**
Über 111 Jahre **Möbel-Nies**
57080 EISERFELD · Bühnstraße 14
Telefon (02 71) 3 58 11

Skan-Kamin-Viebahn
Kaminöfen • Schornsteintechnik
DER UMWELT ZULIEBE
Kaminöfen mit neuester Verbrennungstechnik.
Koblenzer Straße 60 (gegenüber Koch's Ecke) 57072 Siegen
Tel. 0271 / 2 34 29 56 Fax -7
Öffnungszeiten: Mo. geschlossen, Di.-Fr. 10-13 Uhr und 15-18 Uhr, Do. bis 20 Uhr, Sa. 10-14 Uhr
www.skan-kamin.de
CONTURA 510/520 T
SIE SPAREN €300
Viele Ausstellungsöfen stark reduziert!

Die Sonne schickt uns keine Rechnung!
Geld verdienen mit Solarstrom.
Eine Photovoltaikanlage finanziert sich selbst und erwirtschaftet sogar noch einen Gewinn. Und das ganze ohne Einsatz von Eigenkapital!
Wie das funktioniert erklären wir Ihnen gerne!
ELEKTROTECHNIK Tel.: 0 27 62 / 9 87 33 - 0
SCHRÖDER Fax: 0 27 62 / 9 87 33 - 1
Wenden-Hilmicke
- Meisterbetrieb -
www.schroeder-elektrotechnik.de
email: ets@schroeder-elektrotechnik.de
• Elektro-Installation
• EDV-Netzwerktechnik
• Photovoltaik-Technik
• Hausgeräte-Verkauf
• Hausgeräte-Kundendienst

Keine Senkungen

Ministerpräsidenten fordern Ehrlichkeit

Hamburg. Mehrere CDU-Ministerpräsidenten wehren sich gegen mögliche Steuersenkungen. Nach Angaben eines Nachrichtenmagazins forderte Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) bei einem Treffen der CDU-Regierungschefs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die Bundesregierung müsse definitiv erklären, dass in dieser Legislaturperiode Steuersenkungen nicht mehr möglich seien.

Angesichts der großen Haushaltslöcher sei dies ein Gebot der Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern, sagte Koch. Ne-

ben Koch wiesen dem Magazin zufolge auch der saarländische Ministerpräsident Peter Müller und dessen schleswig-holsteinischer Kollege Peter Harry Carstensen auf die extrem angespannte Lage in ihren Landeshaushalten hin.

Merkel habe indes abgelehnt, weiteren Steuersenkungen eine endgültige Absage zu erteilen. Ein solcher Schritt würde einen offenen Affront gegenüber dem Koalitionspartner FDP darstellen, der immer noch auf Entlastungen für die Bürger beharrt. (ddp)

Impressum Sonntags-Anzeiger SWA

Herausgeber: Siegerländer Wochen-Anzeiger GmbH & Co. KG, Obergraben 39, 57072 Siegen, Telefon (02 71) 59 40 - 3 69, www.swa-wwa.de; Druck: Vorländer GmbH & Co. KG, Siegen; anzeigen@swa-wwa.de, redaktion@swa-wwa.de, vertrieb@swa-wwa.de
Redaktion: Nicole Klappert und Anja Weller - Tel. (02 71) 59 40 - 3 07 / 3 15; Tel. Anzeigenannahme (02 71) 59 40 - 3 33 verantwortl. für den Anzeigenteil: Elisabeth Trapp. Geschäftsstellen: Siegen, Obergraben 39; Olpe, Mühlenstr. 3; Kreuztal, Marburger Str. 17; Bad Berleburg, Poststr. 34; Betzdorf, Decizer Str. 6. Vertrieb: (02 71) 59 40 - 3 95. - Erscheint einmal wöchentlich. Anzeigenpreisliste Nr. 18 gültig.